



(v.l.n.r.): Felix Thier, Annekathrin Loy, 1. Beigeordnete Kirsten Gurske, Mandy Werner, Dr. Irene Pacholik, Roland Scharp, Dirk Hohlfeld, Hartmut Rex, Landrätin Kornelia Wehlan, Hans-Jürgen Akuloff, Jörg-Martin Bächmann, Peter Dunkel und Maritta Böttcher (Heike Kühne fehlt auf dem Foto.)

DER KREISTAG IM DEZEMBER

Restmittel Gewinnausschüttung für Flüchtlingshilfe

Die Richtlinie des Landkreises Teltow-Fläming zur Gewährung von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der MBS in Potsdam ist Grundlage für die Förderung von Projekten. Auf Grundlage der Richtlinie beschließt der Kreistag die Vergabe der Mittel aus der MBS-Ausschüttung auf der Grundlage einer Empfehlung der Verwaltung und nach Vorberatung der jeweiligen Fachausschüsse.

In allen Kommunen, in denen Übergangwohnheime, Verbundwohnungen und Notunterkünfte bestehen, haben sich zur Unterstützung der Geflüchteten und für einen besseren Kontakt mit den Behörden Vereine und Flüchtlingsinitiativen gebildet. Es gibt viele Bürgerinnen und Bürger im Landkreis, die sich ehrenamtlich für Geflüchtete und Asylbewerber engagieren.

Die Freiwilligen werden mit der Lebenssituation und den unmittelbaren Sorgen der Geflüchteten konfrontiert und sind oft stark gefordert. Ziel muss es sein, die

Initiativen für Geflüchtete und die Helferinnen und Helfer selbst auf vielfältige Weise auch kurzfristig zu unterstützen.

Für die Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit, Angebote und Projekte von Vereinen oder Initiativen im Bereich der Hilfe für Geflüchtete und Asylbewerber wurde die Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 100.000 Euro aus den Restmitteln für das Jahr 2015 beschlossen, was von unserer Fraktion einstimmig unterstützt wurde.

Elternbeitragsatzung

Die Förderung der ergänzenden Angebote in der Kindertagesbetreuung ist wie die Kindertagespflege ein Rechtsanspruch erfüllendes Angebot (§ 1 KitaG) und eine Aufgabe des Jugendamtes des Landkreises. Für die Inanspruchnahme dieses Angebotes wird ebenfalls ein Elternbeitrag erhoben. Bisher gab es hierfür keine verbindliche Regelung, so dass die Tagespflegekostenbeitragsatzung analog angewandt wurde. Die Erhebung des Elternbeitrages erfolgt nunmehr

mit der ab 1. Januar 2016 gültigen Elternbeitragsatzung. Der Elternbeitrag wird als Pauschale in Höhe von monatlich 15 Euro festgelegt. Damit wird der Aufwand für die Eltern und die Verwaltung möglichst gering gehalten.

Die Elternbeitragsatzung entspricht den aktuell gültigen »Grundsätzen der Höhe und Staffelung der Elternbeiträge«. So sind die Elternbeiträge sozialverträglich gestaltet und nach dem Elterneinkommen, der Zahl ihrer unterhaltsberechtigten Kinder sowie dem vereinbarten Betreuungsumfang gestaffelt. Damit konnten auch wir als LINKE der Vorlage zustimmen.

Seniorenpolitische Leitlinien

Am 14. Juli 2008 verabschiedete der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming erstmals Seniorenpolitische Leitlinien. Eine Aktualisierung wurde im Kreistag im Juni 2010 beschlossen. Mit ihnen soll auf die demografische Entwicklung im Landkreis reagiert werden. Zum Jahresende 2014 waren 21,5 Prozent der Bevölkerung unseres Landkreises älter als 65

Jahre, diese Zahl wird sich in den kommenden Jahren erhöhen.

Im fortgeschriebenen Leitbild des Landkreises Teltow-Fläming »Miteinander leben und die Zukunft gestalten« vom 21. September 2015 wurde der Handlungsansatz Förderung von Seniorenarbeit und Barrierefreiheit verankert. Diesem Ansatz ist zu entnehmen, dass der Landkreis Teltow-Fläming sich für ein seniorengerechtes Lebensumfeld und ein zeitgemäßes positives Altersbild einsetzt.

Die seniorenpolitischen Leitlinien sollen den nötigen Rahmen schaffen und die erforderlichen Handlungsfelder aufzeigen, um Lebensräume so zu gestalten, dass ältere Menschen ihr Leben so weit wie möglich eigenverantwortlich, sinnerfüllt und würdevoll führen können.

Der jetzigen Überarbeitung ist eine Wirkungsumfrage der sieben Handlungsfelder bei allen Kommunen und örtlichen Seniorenbeiräten vorausgegangen. DIE LINKE konnte daher auch hier zustimmen.

Felix Thier, Luckenwalde, stellv. Fraktionsvorsitzender

EIN KONGRESS OHNE ANTWORTEN

Der politische Jahresauftakt für die Landesregierung fand in Cottbus statt. Mit geteilten Erwartungen sind über 500 interessierte Brandenburgerinnen und Brandenburger der Einladung des Innenministers zum »Reformkongress« gefolgt. In sechs moderierten Arbeitsgruppen wurde die Reformnotwendigkeit von profilierten Experten wissenschaftlich begründet. Auch unser Ministerpräsident Dietmar Woidke unterstrich, dass ohne Reformpaket die Verwaltung in 20 Jahren nicht mehr leistungsfähig und bürgernah arbeiten kann. Der Neuzuschnitt der Kreise zu leistungsfähigeren Gebietskörperschaften ist für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung unabdingbar. So das Fazit mit der Zusicherung der Landesregierung, dass die Kreise nicht auf den zusätzlichen Kosten sitzenbleiben. Eine wichtige Aussage, weil der Beschluss über den Nachtragshaushalt 2016 die angespannte Finanzlage deutlich macht.

Der Cottbuser Reformkongress war eine wichtige Weichenstellung, hat aber die hochgesteckten Erwartungen nur teilweise erfüllt. Wir erinnern uns an die Startphase.

So wie der Fahrplan des Ministers des Innern und für Kommunales es wollte, hat der Dialogzug seine 18 Stationen bedient. Den Zielbahnhof »Verwaltungsstrukturreform 2019« hat der Brandenburger Regierungszug jedoch noch lange nicht erreicht. Nicht überall standen die Unterwegssignale auf freie Fahrt, die Baustellen nahmen zu. Besonders in den Hauptbahnhöfen Cottbus und Brandenburg/Havel war die Begeisterung für den notwendigen »Gleiswechsel« ausgeblieben. Ja, es gab unüberhörbar Pfiffe gegen das Zugpersonal im Ministerrang.

Gerade noch auf den Zug aufgesprungen ist unsere Landespartei mit dem Beschluss »Kommunale Selbstverwaltung stärken, öffentliche Daseinsvorsorge sichern, Zukunft gestalten«. Die 4. Tagung des 4. Landesparteitages hat zu den bisherigen Meinungsäußerungen und Standpunkten einen 15-Punktakatalog beschlossen. Damit werben wir mit aller Kraft für die Fortsetzung des ergebnisoffenen Dialogs. Das betrifft u. a. die Senkung der Mindesteinzwohnerzahl

für Landkreise auf 150.000 und deren Reduzierung für amtsfreie Gemeinden auf 8.000. Dazu ist Bewegung in die Debatte gekommen. Bekanntlich hat unsere Landrätin bereits im Mai kritisch bemerkt, dass es zu den Flächen- und Einwohnerangaben der Kreise deutlichen Diskussionsbedarf gibt. Das Thema hauptamtliche Verwaltung für Kommunen mit Mindesteinzwohnerzahlen ist besonders u. a. für Großbeeren (7.423 Einwohner), Trebbin (9.220 Einwohner), Niederhörnsdorf (6.700 Einwohner) und den Niederen Fläming brisant. Streitbar bleibt auch grundsätzlich die Mittelausstattung für Umlandfunktionen besonders in den ländlichen Räumen. Gleichwertige Lebensverhältnisse, so schlussfolgert Kornelia Wehlan, »regelt man nicht über Großstrukturen, sondern vordergründig über die Landesplanung«. Ein weiterer allgemeiner Kritikpunkt ist die zeitliche Abfolge der Reformen von Strukturen und Aufgabenzuweisungen.

Logisch ist auch, dass eine ausfinanzierte Funktionalreform mit der Kreisneugliederung im engen Zusammenhang zu beraten ist. Weitere Punkte haben sowohl Kreisvorstand als auch die Mitglieder der Kreistagsfraktion im Vorfeld des Landesparteitages diskutiert.

Die Parteitagseinschätzung, dass der landesweite Dialog zu einem Leitbildentwurf in der Bundesrepublik bisher einmalig ist, spricht für unseren Einfluss auf Landesebene. Relativ gering sind bisher die Beurteilungsmöglichkeiten für das Verständnis zur Reformnotwendigkeit und zur Unterstützung der Reformkonsequenzen durch die Bürgerschaft. Umfrageergebnisse zum Thema sollen nicht überbewertet werden, aber die mehrheitliche Ablehnung der Reformnotwendigkeit signalisiert ein Stimmungsbild. Hier ist offene Erläuterung gefragt.

Kürzliche Landtagsdebatten lassen erkennen, worauf die Aktivitäten unserer politischen Kontrahenten abzielen. Deshalb unterstützen wir alle Initiativen zur verständlichen Darlegung der Ursachen und Konsequenzen für künftige Entwicklungen. Es ist unsere Erwartung, dass die Landes-SPD ihre bundespolitische Einflussnahme deutlich erhöht. Schwerpunkt dabei ist die ausreichende Finanzausstattung. Die sinkende Finanzausstattung der Kommunen ist doch Folgewirkung von politischen Entscheidungen der EU und der Bundesregierung.

Es ist doch mehr als ein Strukturproblem, wenn ein Drittel der Landesmittel in die Kommunen

fließt und der Schuldenstand dennoch ständig anwächst.

Die Reduzierung des Verwaltungsaufwandes ist eine Teillösung. Die soziale Modernisierung der Verwaltungsstrukturen muss bundespolitisch von der SPD mit Rahmenbedingungen begleitet werden.

Eine Verwaltungsreform mit Augenmaß zu gestalten, ist schwer definierbar, noch sind die Sichtweisen sehr unterschiedlich. Als sicher gilt nur: Ohne Akzeptanz der Wählerinnen und Wähler kann nicht nur das Projekt auf das politische Abstellgleis geraten. Der Brandenburger Fahrplan sieht vor, im Frühjahr fünf weitere Regionalkonferenzen durchzuführen. Im Innenausschuss des Landtages werden Anhörungen stattfinden. Ab April beschäftigt sich dieser Ausschuss mit Änderungsvorschlägen und Abwägungen zum bisherigen Dialogprozess. Ziel ist die Erarbeitung eines veränderten Leitbildentwurfes für die Beschlussvorlage im Landtag. In der Sondersitzung folgen Debatte und Beschlussfassung. Ab September 2016 beginnt dann das Gesetzgebungsverfahren. Unsere Mitwirkung ist verantwortungsbewusst gefragt.

Mit den besten Wünschen
Jürgen Akuloff

KOMMENTAR

»Das bedeutendste Reformvorhaben dieses Jahrzehnts« (MP Woidke 16. Januar 2016) – die Verwaltungsstrukturreform – steigerte sich vom Dialog zu 19 Leitbildkonferenzen und hat den 1. Reformkongress erlebt. Der Innenminister hat dazu eingeladen und an seiner Seite haben sich u. a. Reformunterstützer für Impulsreferate im Professorenrang der Uni Bochum, der Uni zu Kiel, der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Universität Speyer um die praxisnahe Diskussion in Arbeitsgruppen bemüht. So interessant es auch war, die Begründung der Reformnotwendigkeit scheint abgehakt. Der Wissensdrang der fast 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer war nicht die bundesweite Sicht auf die Gemengelage, sondern die praxisnahe Beantwortung von Problemstellungen aus den Kreisen, Verbänden und Fachgremien. Die fand leider nur ansatzweise statt. Auch die Presseerklärung des Ministeriums gleicht mehr einem Referatstext und verschweigt Ergebnisse. Der Ausredetrost, alle Meinungen finden sich im Beschlussentwurf

wieder, ist so dünn wie das Eis auf der Havel und nicht tragfähig. Nur mit überzeugender Öffentlichkeitsarbeit sind die Bedenken bei den Bürgerinnen und Bürgern abzuschmelzen.



Jürgen Akuloff,
Luckenwalde, Fraktionsvorsitzender

FRAGEN UND ANTWORTEN

Redaktion: **Dirk, ihr seid mitten in der Diskussion zum Haushalt 2016, was ist anders als früher?**

Mittlerweile kann ich auf einen langen Zeitraum von 1998 bis heute im Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) zurückblicken, wobei ich diesen seit 2004 leite. Neben den Zahlen hat sich in der Herangehensweise schon mal unheimlich viel getan. Als ich anfang, war die Richtung klar. Auf Grund der Wahlergebnisse brauchte sich der Landrat und damit die Fraktion der SPD keine Opposition anzuhören, hatten sie doch in Koalition mit den Bauern die Mehrheit. Diese Mehrheitsverhältnisse haben sich in folgenden Wahlperioden mit wechselnden Koalitionspartnern auch nicht geändert. Mit Wahl unserer Landrätin ist eine Mehrheitsbildung von Fraktionen nicht mehr vorgesehen und wird auch nicht angestrebt. Wechselnde Mehrheiten zu bestimmten Aufgaben sollen auch die Arbeit transparenter machen.

Hat man früher noch aus dem Vollen geschöpft, so befinden wir uns seit 2010 permanent in der Haushaltssicherung. Das liegt daran, dass bis 2009 insgesamt ein Fehlbetrag von 21 Millionen Euro angehäuft wurde. Ich möchte aber dabei ausdrücklich betonen, hierbei handelte es sich nicht um irgendwelche geheimen Absprachen hinter verschlossenen Türen. Alle Maßnahmen sind durch den Kreistag beschlossen. Egal in welcher Zusammensetzung und Kooperation der Vertretung. Ich erinnere mich noch gern an die mahnenden Worte unseres Fraktionsmitgliedes Günter Thiel, nicht alle Rücklagen kurzfristig einzusetzen. Auch Kolleginnen und

Kollegen anderer Fraktionen geht es dabei wahrscheinlich genauso. Aber die Realität sieht anders aus und ist wahrscheinlich auch der Zeit geschuldet, als noch nicht alles in Verordnungen und Festlegungen gegossen war.

Wo sind eure Schwerpunkte?

Zuerst einmal eine Berichtigung zu meinem Beitrag in der Ausgabe Dezember/Januar. Es muss richtig heißen: Erträge 252 Millionen Euro und Aufwendungen 247 Millionen Euro. Bei umgedrehten Zahlen ist ein Überschuss von 4,5 Millionen Euro nicht erreichbar. Und dies bleibt das große Ziel. Damit können die Verbindlichkeiten erheblich gesenkt werden. Im Ausschuss heißt es immer wieder: Der Sparwille der Kreisverwaltung ist nicht ausgeprägt bei einer Einnahmesteigerung von 50 Millionen Euro in den letzten vier Jahren. Ich sehe das anders. Hatten wir 2012 noch einen Kassenkredit in Höhe von 43 Millionen Euro in Anspruch genommen, so sind es derzeit unter 15 Millionen Euro. So etwas kann man nur erreichen, wenn man weniger ausgibt. Schwerpunkte sind durch die Auflagen des Ministeriums vorgegeben. Verwendung erwirtschafteter zusätzlicher Erträge, regelmäßige Überprüfung der Ertragsquellen, Stellenplanentwicklung, Freiwillige Ausgaben, Entwicklung Kassenmittelbestand, Berichterstattung und Konsolidierung der SWFG.

Ist ja ein abendfüllendes Programm. Es handelt sich ja auch um einen Kreishaushalt für mehr als 160.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Neben den Pflichtaufgaben und den Aufgaben nach Weisung stehen die

Freiwilligen Ausgaben natürlich im Mittelpunkt. Und schon bei der Bezeichnung scheiden sich die Geister. Ist die SWFG und FSG (Flugplatz Schönhagen) als Wirtschaftsförderung nun pflichtig oder freiwillig? Immerhin sollen hier rund 1,2 Millionen Euro eingesetzt werden. Und Wirtschaftsförderung ist nun mal kein Ertragskonto, sondern Aufwand. Natürlich würden auch wir gern die Ausschüttungen der Mittelbrandenburgischen Sparkasse zusätzlich einsetzen, aber in unserer Haushaltslage sind damit erst einmal konkrete Projekte abzusichern.

Und der Bereich der Investitionen?

1,9 Millionen Euro investive Zuweisungen vorwiegend in Bildung und Schule sowie begonnene Maßnahmen, mehr ist im Moment nicht drin. Hinzukommen soll noch ein Förderprogramm für energetische Verbesserung an Schulen. Aber hier warten wir erst einmal ab. Auch ist ein Betrag für die vierte Spur der B101 neu vorgesehen. Insgesamt kann uns aber ein hochgerechneter Anteil von ca. fünf Millionen Euro an Investitionen nicht zufrieden stellen, wenn man auch noch die Grundforderungen der Fachabteilungen mit einbezieht. Klar, der einfachste Weg wäre die Kreisumlage um 3 bis 4 Prozent zu erhöhen. Damit würden wir aber unsere Städte und Gemeinden weitestgehend lahmlegen.

Die Kreisumlage erhöhen?

Solche Gedankenspiele gibt es durchaus. Denken wir doch bloß einmal an das PwC-Gutachten, was in anderen Bereichen z. B. beim Stellenplanabbau gern immer zitiert wird. Da ist von einer Erhöhung die Rede. Ich halte diesen Ansatz für falsch. Nur gesunde Kommunen können den Kreis voranbringen.

Solange wir uns noch in der Haushaltssicherung befinden, dürfen wir den Hebesatz gar nicht senken, sollten dies aber nicht aus den Augen verlieren, denn bei einem Haushaltsausgleich sollte dies dann eine der ersten Maßnahmen sein.

Zwei, drei Sätze zum Stellenplan sind natürlich auch notwendig.

Ja notwendig schon, da wir ja auch in den letzten Tagen eine Stellenplanüberarbeitung von der Verwaltung übergeben bekommen haben. Laut bisherigem Haushaltssicherungskonzept lagen wir im vom PwC-Gutachten geforderten Bereich mit fünf Stellenreduzierungen. Aber die Praxis hat uns einfach überrollt und hier kommen in den nächsten Jahren noch Aufgaben und Ausgaben dazu, von denen wir bis heute nicht wissen, wie hoch sie sein werden. So ist der Stellenplan 2016 um 27,5 Stellen zu erhöhen, um die Aufgaben aus der Flüchtlingsbetreuung ordentlich bewältigen zu können.

Und als Resümee ...?

Gehe ich davon aus, dass die Haushaltssatzung mit den Anlagen und das Haushaltssicherungskonzept im Ausschuss eine zustimmende Befürwortung finden werden.



Dirk Hohlfeld, Am Mellensee
Vorsitzender Ausschuss Haushalt und Finanzen



RANGSDORF

DIE LANDTAGSFRAKTION VOR ORT

Am 28. und 29. Januar tagte die Landtagsfraktion der LINKEN in Rangsdorf in unserem Landkreis. Die Terminnähe zur Regionalkonferenz in Ludwigsfelde vermittelte praxisnahe Impulse für die Parteilarbeit in den Gremien. Unsere Basisorganisationen setzten dort drisante Fragen der Kommunalpolitik auf die Tagesordnung. Der Verlauf der Beratungen bestätigte

die Notwendigkeit, unsere Positionen und Argumente öffentlichkeitswirksamer zu vermitteln.

Am zweiten Tag der Fraktionsklausur kamen die Landtagsabgeordneten mit Vize-Landrätin Kirsten Gurske und Jürgen Akuloff, Felix Thier sowie Hartmut Rex als Vertreter für die Kreistagsfraktion ins Gespräch. Von uns angesprochene Themen waren die Altanschießer-

problematik, Kommunalreform, Infrastrukturentwicklung, die Situation der Geflüchteten oder auch der Flughafen BER. Zitat unseres stellv. Ministerpräsidenten und Finanzministers, Christian Görke: **»Mit der LINKEN in der Regierung wird es keine 3. Start- und Landebahn geben!«**

Jürgen Akuloff, Luckenwalde
Fraktionsvorsitzender

NEUJAHRSEMPFANG

KULTURELLE VIELFALT – EIN GEWINN FÜR UNSERE REGION



Vor rund 500 geladenen Gästen, vorwiegend Bürgerinnen und Bürger, die sich in der Integrationsarbeit engagieren, begrüßten der Kreistagsvorsitzende Dr. Kalinka und Landrätin Kornelia Wehlan herzlich die Arbeits- und Sozialministerin, unsere Diana Golze (unteres Bild), die Integrationsbeauftragte des Landes und Vertreter aus Bundes- und Landespolitik sowie aus den Partnerkreisen Teltow-Flämings zum Motto des Neujahrsempfanges »Kulturelle Vielfalt – ein Gewinn für unsere Region«.

Nach meiner Auffassung ein gelungener Abend, zeigte doch auch die künstlerische Ausstellung im Kreistagssaal sowie der Auftritt des »Raduga-Chores« und die breite Palette bei den Ausgezeichneten, wie tief die Integration in unserer Region verwurzelt ist.

Dirk Hohlfeld,
Am Mellensee



JÜTERBOGER GESPRÄCH

ANITA TACK ZU GAST BEI MARITTA BÖTTCHER

Zum 5. Dezember 2015 hatte sich Maritta Böttcher zu ihrem traditionellen Jüterboger Gespräch die Sprecherin für Stadtentwicklungs-, Bau-, Wohnungs- und Verkehrspolitik der Linksfraktion im Brandenburger Landtag in die Sakristei des Kulturzentrums Mönchenkloster Jüterbog eingeladen. Das Motto der Veranstaltungsreihe »Wortgefechte ohne Keule« musste bei dieser Begegnung nicht als Ermahnung an die Diskutanten dienen. Schnell wurde deutlich, dass sich mit Anita Tack und Maritta Böttcher zwei fest in der Kommunalpolitik verankerte Frauen trafen, die sich seit Jahrzehnten kennen und schätzen. Einer der vielen gemeinsamen Be-

zugspunkte war sicher der Aufbau des »kommunalpolitischen forum Land Brandenburg e. V.«, das 1991 in Königs Wusterhausen von 31 engagierten Mitstreiterinnen und Mitstreitern für linke Kommunalpolitik in Brandenburg gegründet wurde.

Anita Tack warb um Verständnis für das umstrittene Projekt der Verwaltungsstrukturreform. Angesichts des Bevölkerungsrückgangs in vielen Regionen des Landes könne man nicht einfach wie gewohnt weitermachen, sagte Tack. Dabei sei es das Ziel der rot-roten Landesregierung, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken: »Wir wollen die Aufgaben dahin verlagern, wo sie

am besten lösbar sind«, so Tack. Auch Tacks Spezialthema, der öffentliche Personenverkehr, spielte in Jüterbog eine Rolle: »Wir müssen Mobilität neu denken«, sagte die Abgeordnete und machte sich etwa für den flexiblen Einsatz von Kleinbussen stark, wenn reguläre Buslinien in dünn besiedelten Regionen nicht mehr bezahlbar seien. Lobende Worte fand Tack für das große Engagement der Jüterboger nach dem dortigen Anschlag auf einen Flüchtlingstreff. Dem konnte sich auch Böttcher anschließen: »Ich freue mich sehr über den Einsatz der Menschen in unserer Stadt.«

Klaus Pollmann, Altes Lager



Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Jürgen Akuloff · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 31.1.2016
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · Auflage: 1.900
Februar 2016, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.